

MYTHEN UND LÜGEN

DER "EURO-KRISE"

Zurzeit ist es wahrlich nicht leicht, für den Euro zu sein. Fast jeden Tag erzählen uns (selbsternannte) Expertinnen und Experten, warum unsere Währung zum Scheitern verurteilt ist. Dabei ranken sich um die gegenwärtige Krise im Euroraum fatale Irrtümer und Mythen. Mythen sind vereinfachte Darstellungen, die augenscheinlich Wahres beinhalten, aber im Kern doch falsch sind. Wir wollen mit dieser Broschüre die Krise entmystifizieren und mit den populärsten Irrtümern aufräumen. Dabei lassen wir einfach die Fakten sprechen. **Fakten entlarven Ideologien**, ermöglichen die **richtige Diagnose** zu stellen und helfen so ernsthaft und brauchbare **Lösungen** zu entwickeln.

Diese Broschüre wendet sich an das deutschsprachige Publikum in Deutschland und Österreich. Ungeachtet all ihrer Unterschiede sind die beiden Länder im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise im Euroraum meist auf derselben Seite, gemeinsam mit Ländern wie den Niederlanden oder Finnland. Wir wollen jedoch damit nicht der Logik der **Lagerbildung zwischen "Kern- und Randländern"** folgen. Im Gegenteil: wir wollen auch den Mythos unterschiedlicher Interessen entlang einer Nord-Süd-Grenze entlarven und einen tragfähigen Lösungsansatz aufzeigen. Zehn Mythen greifen wir heraus:

1. Am besten einfach raus aus dem Euro
2. Der Euro ist in der Krise
3. Die Staatsschulden sind an allem schuld
4. Die rigorose Sparpolitik ist alternativlos
5. Wir leben über unsere Verhältnisse
6. Krisenländer sind Reformmuffel
7. Die Notenpresse verursacht Inflation
8. Finanzhilfe ist Konkursverschleppung
9. Sie wollen nur unser Geld
10. Das Schlimmste ist überstanden

Danach präsentieren wir **eine umfassende Lösung**.

Arbeitskreis Finanzpolitik & Sozialunion.

SPÖ & SPD Brüssel

Kontakt: Arbeitskreis ak.finanzen.bruessel@gmail.com

SPD Brüssel www.spd-bruessel.de

 **AK Finanzpolitik & Sozialunion.**
SPD & SPÖ Brüssel. Lizenziert unter *Creative Commons*
Namensnennung 3.0 Unported. Weitergabe, Weiterverwertung
und Vervielfältigung bei o.g. Namensnennung erlaubt;
(Lizenztext unter: <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>)

SPD

MYTHOS 1

„Am besten einfach raus aus dem Euro“

Eine fundamentale Kritik am Euro und an der Währungsunion lässt sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: Während mit nationalen Währungen unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Staaten einfach durch **Anpassung der Wechselkurse** ausgeglichen werden könnten, müsste in Euroländern nun die gesamte **Anpassungsleistung über Steuererhöhungen und Lohnsenkungen** erfolgen. Da das viele Staaten überfordere, wären die anderen Euro-Mitglieder in einigen Fällen gezwungen, Finanzhilfen zu gewähren. Daher wäre, so der Mythos, die Wiedereinführung der Drachme oder der Lira für alle Beteiligten die beste und billigste Lösung.

Wie diese Wiedereinführung der nationalen Währungen technisch funktionieren soll, bleibt weitestgehend unklar. Sicher sein dürfte dagegen, dass **die neuen Währungen sehr schnell an Wert verlieren** werden. Um diesen Wertverlust ihrer Ersparnisse vorzubeugen, würden die AnlegerInnen ihr Geld aus dem Abwertungsland sofort abziehen und in stabilere Länder bringen. Diese Kapitalflucht würde die „**Mutter aller Währungskrisen**“ auslösen und die ohnehin schon angeschlagenen Länder in noch größeres Elend stürzen. Die Menschen in Deutschland und Österreich wähen sich davon nicht betroffen, ihre Währung würde ja an Wert zulegen ... und damit die **Absatzchancen ihrer eigenen Exportwirtschaft massiv verschlechtern**. Steigende Arbeitslosigkeit in den neuen (alten) Hartwährungsländern wäre die Folge.

Auch wird geflissentlich übersehen, dass nicht nur die europäische Wirtschaft insgesamt, sondern gerade auch die **europäischen Finanzmärkte im letzten Jahrzehnt stark zusammengewachsen** sind. So haben etwa spanische und griechische Unternehmen und Haushalte Kredite in Euro u.a. bei deutschen und österreichischen Banken aufgenommen. Diese Schulden würden auch nach einem Austritt Spaniens oder Italiens aus der Währungsunion in Euro bestehen bleiben. Nach der Einführung und anschließenden Abwertung eigener Währungen würden diese Schulden gemessen in der Währung der Schuldnerländer an Wert zulegen und könnten nicht mehr bedient werden. Wenn diese Schuldnerländer aber Pleite gehen, hätten auch Banken in Wien oder Frankfurt erheblichen, evtl. existenzgefährdenden Abschreibungsbedarf.

Und neben diesen direkten Folgekosten der Renationalisierung der Währung wird oft vergessen, dass in der Zeit vor dem Euro in Europa immer wieder **Währungskrisen** stattgefunden haben, bei denen viel Vermögen vernichtet wurde. Ein Euroaustritt ist also weder für die aktuellen Krisenländer noch für stabile Länder wie Deutschland oder Österreich die „beste“ und „einfachste“ Lösung. Im Gegenteil!

MYTHOS 2

„Der Euro ist in der Krise“

Vielfach wird von einer „Eurokrise“ geredet. Aber unsere Währung ist in keiner Krise. Entgegen der oft geäußerten Behauptung **ist der Euro stabil** – und zwar sowohl nach außen, d.h. der Euro-Wechselkurs ist trotz aller üblichen Schwankungen relativ hoch – als auch nach innen, d.h. die Inflation ist durchschnittlich niedriger als vor Euroeinführung. Es handelt sich nicht um eine Krise des Euros, sondern um eine **Schuldenrefinanzierungskrise einzelner Euro-Staaten** und – mangels politischen Lösungswillens – um eine Krise der gesamten Währungsunion.

Der **Krisenauslöser** lässt sich auf das **Platzen der Immobilienblase in den USA** mit dem Höhepunkt des Kollapses der globalen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 zurückführen. Doch bald stellte sich heraus, dass viele europäische (v.a. irische und deutsche) Banken Anteile fauler US-Immobilienkredite in Form von „**Giftpapieren**“ besaßen, was dramatische Vertrauensverluste unter den Banken zur Folge hatte. Die Geldflüsse stockten vollkommen. Der Welthandel und die globale Industrieproduktion brachen ein. Als klar wurde, dass die **Rezession** Ausmaße der Großen Depression in den 1930 Jahren annehmen könnte, belebten die Regierungen die Wirtschaft durch **beispiellose Konjunktur- und Hilfsprogramme** (nicht zuletzt auch für Banken).

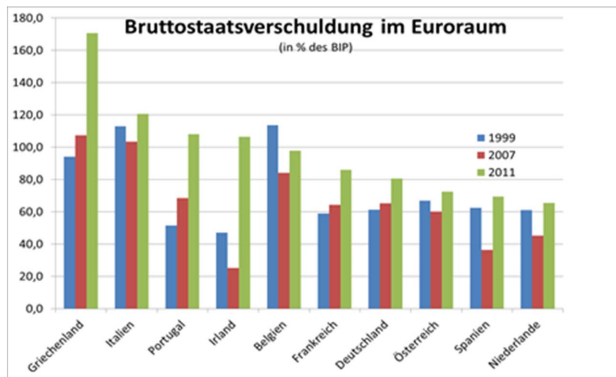
Als das Schlimmste überstanden schien, kamen jedoch die Schwächen der Retter zum Vorschein: **Leere Kassen, hohe Schulden und eine schwächelnde Wirtschaft**. Das Vertrauen der Anleger in die Staaten begann zu schwinden. Spekulanten und Ratingagenturen trugen das ihrige dazu bei. Hochschuldenländer mit eigener Zentralbank (USA oder Japan) kamen mit einem blauen Auge davon, da von ihnen nur ein Inflationsrisiko ausgeht. Bei Ländern innerhalb der Währungsunion kam jedoch das viel gravierendere **Risiko eines Staatsbankrotts** hinzu – es sei denn, die EZB oder die Gemeinschaft der Euroraumländer würde ihnen beistehen.



MYTHOS 3

„Die Staatsschulden sind schuld“

Mit Ausnahme von Griechenland haben weder mangelnde Haushaltsdisziplin noch überbordende Staatsschulden die Krise ausgelöst. Länder wie Irland oder Spanien haben im Vorfeld der Krise nicht gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen – ganz im Gegensatz zu Deutschland oder Frankreich. Hauptkrisenursache in den genannten Problemländern war vielmehr die **ausufernde Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen** aufgrund einer kreditgetriebenen Immobilienpreisspekulation. Als die Immobilienpreisblase als Folge der globalen Finanzkrise platzte, musste der Staat die wirtschaftlichen und sozialen Folgen finanziell abfedern. Gleichzeitig wurden umfangreiche Maßnahmen zur Stützung der Banken ergriffen. Beides hat die Staatsschulden erheblich nach oben getrieben. Die hohen **Staatsschulden sind also häufig nur Symptom** eines tieferliegenden Problems und es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die gegenwärtige Krisenpolitik, die fast ausnahmslos an den Symptomen ansetzt, nicht erfolgreich ist.



Krisenverschärfend wirkt dabei die unheilige Allianz zwischen Staaten und Banken: Banken sind die wichtigsten Abnehmer von Staatsanleihen. Drohen Staatsanleihen (teilweise) auszufallen, weil der Staat überschuldet ist, kommen auch die Banken, die Staatsanleihen halten, in Bedrängnis. Umgekehrt wirken sich Banken Krisen unmittelbar auf die Staatsfinanzen aus, da der Staat häufig gezwungen ist, die Risiken aus dem Bankensektor zu übernehmen, weil einzelne Banken so groß und so wichtig für das Bankensystem geworden sind, dass es sich Staaten nicht erlauben können, diese Kreditinstitute pleitegehen zu lassen, ohne einen Zusammenbruch ihres Finanzsystems zu riskieren (Too-big-to-fail Problem). Die Bilanzsummen vieler Banken und damit auch die Risiken sind nämlich mittlerweile häufig so groß, dass auch der betroffene Staat selbst von der Pleite bedroht ist. Daher brauchen wir eine wirkliche **Bankenunion**, die den **Teufelskreis zwischen Banken und Staaten** wirksam durchbricht.

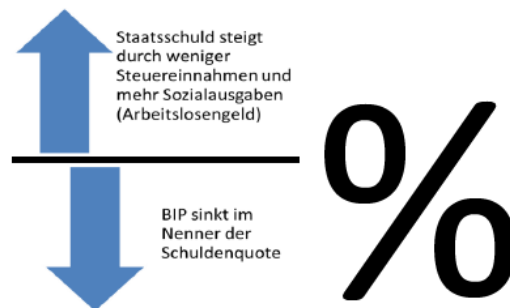
MYTHOS 4

„Die rigorose Sparpolitik ist alternativlos“

Anders als uns die deutsche Bundesregierung weismachen will, können sich Staaten **nicht „gesundsparen“, sondern allenfalls „kaputtsparen“**. Zwar klingt es auf den ersten Blick logisch, dass Staaten – wie etwa überschuldete Haushalte oder Unternehmen – Ausgaben senken und/oder Einnahmen erhöhen bis „die Kasse wieder stimmt“. Für den Gesamtstaat funktioniert diese Logik aber nicht, da die Ausgaben der einen die Einkommen der anderen darstellen. Schon gar nicht kann man sich aus der Krise sparen, wenn wichtige internationale Handelspartner ebenfalls ihre Ausgaben senken und/oder die dortige Wirtschaft allenfalls nur schwach wächst. Wenn also Haushalte nicht mehr konsumieren, Unternehmen nicht mehr investieren und die Regierung bei den öffentlichen Leistungen kürzt, **schrumpft das Volkseinkommen**, solange wir nicht unsere Anpassungslasten in die Welt exportieren.

Infolge der drastischen Sparpolitik sinkt die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) in den Problemländern so massiv, dass sich die Schuldenquote, also das Verhältnis von Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt sogar weiter erhöht. Obwohl manche Staaten teilweise rabiat ihre Budgets kürzen, noch dazu besonders häufig im Sozialbereich, erreichen sie genau das Gegenteil. Auch wenn die Sanierung der Staatsfinanzen in einigen Ländern dringend geboten ist, wird diese **selbsterstörerische Sparpolitik** nicht zuletzt vom Internationalen Währungsfonds zu Recht angeprangert.

Selbsterstörerischer Sparkurs: Schuldenquote explodiert



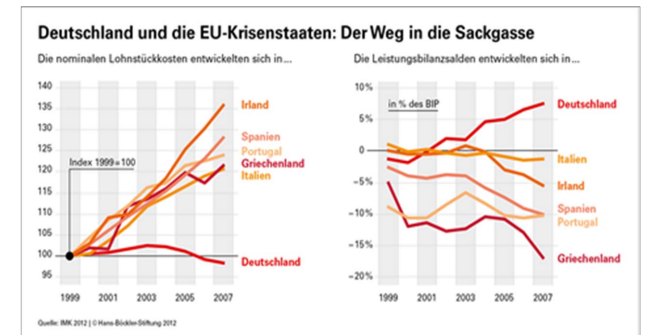
Es ist unstrittig, dass wir in Europa stabile Staatsfinanzen brauchen, gerade auch zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch sollten **vorrangig Haushalte und Unternehmen ihre Überschuldung abbauen**, um die Grundlage für einen sich selbsttragenden Aufschwung zu schaffen. Ist die EU-Wirtschaft erst einmal zum Wachstum zurückgekehrt, dürfte die Konsolidierung der Staatsfinanzen dann auch deutlich erfolgsversprechender und weniger schmerzhaft sein.

MYTHOS 5

„Wir leben über unsere Verhältnisse“

In der deutschsprachigen Öffentlichkeit wird häufig die Behauptung aufgestellt, dass die Krisenländer jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt hätten. In der Tat hat der **kreditfinanzierte Boom** den Menschen in den betroffenen Ländern eine volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit vorgegaukelt, die so in der Realität nicht bestand. Behauptungen aber, die Krisenländer hätten eine große verschwenderische Party gefeiert, gehen weit an den Tatsachen vorbei. Trotz moderater Reallöhne vor der Krise zahlen die Menschen aus den unteren und mittleren Einkommensschichten dort jetzt einen hohen Preis dafür, dass Banken, Investoren, Regierungen und internationale Organisationen meinten, mit dem Wirtschaftswachstum könne es nicht schnell genug gehen, auch auf die Gefahr hin, dass alles wie ein Kartenhaus zusammenbricht.

Tatsächlich **leben wir in Deutschland und Österreich unter unseren Verhältnissen**: Der Lohnsetzungsspielraum, also die Summe aus Produktivitätswachstum und dem Inflationsziel der EZB, wurde insbesondere in Deutschland und Österreich nicht ausgenutzt. Geringere Löhne bedeuten jedoch geringeren Konsum. Wegen der damit niedrigeren Binnennachfrage investierten die (deutschen und österreichischen) Anleger in Südeuropa, wo höheres Wachstum auch höhere Erträge versprachen. Dadurch wurde insbesondere die Immobilienspekulation dieser Länder zusätzlich angeheizt. Die dortige Nachfrage erklärt auch zu einem Gutteil unsere vergangenen Exporterfolge.

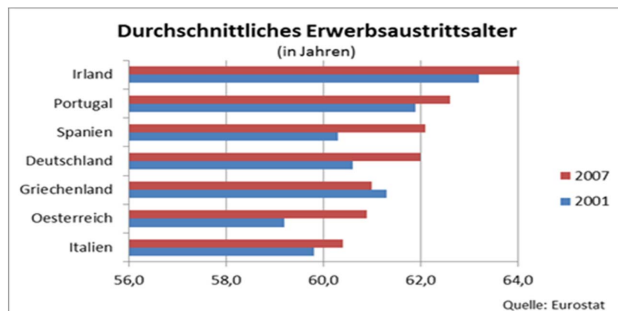


Zwar stimmt es, dass sich die Reallöhne im Vergleich zum Euroraum in Deutschland zwischen 2000 und 2008, also bis Krisenbeginn am schwächsten entwickelt haben. Mit dem Euro hat das jedoch nicht viel zu tun. **Lohnzurückhaltung war erklärtes Ziel** von Politik und Sozialpartnern (Stichwort: Bündnis für Arbeit und Hartz IV). Die Netto-Reallöhne waren in Deutschland schon in den 1990er Jahre kaum gestiegen; von 2004 bis 2008 gingen sie sogar zurück! Nie zuvor ging in der Bundesrepublik ein durchaus kräftiges Wirtschaftswachstum mit einer Senkung der realen Nettolöhne über mehrere Jahre einher.

MYTHOS 6

„Die Krisenländer sind Reformmuffel“

Der pauschale Vorwurf des mangelnden Reformmeifers in den aktuellen Krisenländern geht ins Leere. Gerade die Krisenländer haben keine andere Wahl als ihr Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsystem von Grund auf zu erneuern. Aber auch schon vor Krisenbeginn haben einige Problemländer begonnen, schmerzhaft Reformen durchzuführen, wofür etwa die Erhöhung des Erwerbsaustrittsalters Anzeichen liefert. Dagegen wurzelt das Bild der unzureichenden Reformen als Krisenauslöser oder zumindest Krisenverstärker in der Vorstellung, Länder wie Deutschland und Österreich hätten ihre Hausaufgaben rechtzeitig gemacht und seien deswegen von der Krise weniger betroffen als andere. Dazu ist anzumerken, dass Reformen wie die Agenda 2010 oder Hartz I-IV v.a. darauf abzielten, den **Arbeitsmarkt zu flexibilisieren**. Trotz all dieser Reformen blieb die Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes aber hinter jener des irischen weit zurück; dennoch hat die Krise Irland viel härter erwischt als Deutschland. In Spanien wurde der Kündigungsschutz für jüngere ArbeitnehmerInnen durch befristete Verträge gänzlich abgeschafft, trotzdem herrscht dort über 50% Jugendarbeitslosigkeit. In anderen Bereichen, wie z.B. der Reform der so genannten "freien Berufe" (z. B. AnwältInnen, ApothekerInnen), stehen Deutschland und Österreich nicht besser da als Italien oder Portugal. Eine Liberalisierung dieser Bereiche wäre zwar anzuraten, dürfte aber kaum eine Finanzkrise verhindern oder ihre Folgen spürbar abmildern.

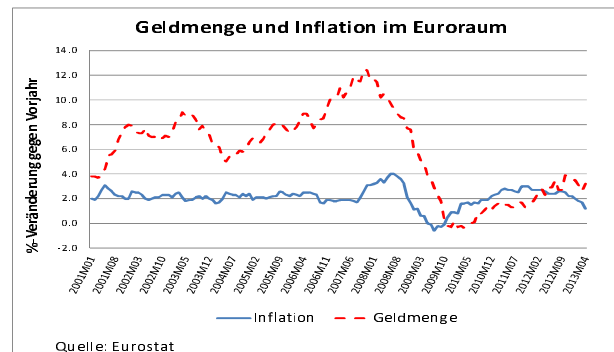


Um Wirtschafts- und Finanzkrisen in Europa weniger wahrscheinlich werden zu lassen, ist vor allem eine Reform der Finanzmarktregulierung (Stichwort: Basel III bzw. Eigenkapitalrichtlinie) und die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht notwendig. Aber es müssen vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen in einzelnen Mitgliedsländern und die negativen Rückkopplungseffekte eng eingegrenzt werden. Dies dürfte ebenfalls eine gewisse Vergemeinschaftung der Bankenrestrukturierung und der Einlagensicherung erfordern. Aber gerade hier sind Länder wie Deutschland und Österreich die Bremsklötze und verschwenden wertvolle Zeit auf die Vertretung vermeintlich nationaler und partikularer Interessen einzelner Bankenverbände.

MYTHOS 7

„Die Notenpresse verursacht Inflation“

Bringt die Zentralbank mehr Geld in Umlauf, führt das zu höheren Preisen, sofern in einer Volkswirtschaft alle Kapazitäten ausgelastet sind. Zwar hätten die Menschen mehr Geld in der Tasche, das sie – zumindest teilweise – für Konsumgüter wieder ausgeben wollen. Da es aber kurzfristig nicht mehr Güter zu kaufen gäbe, da die Wirtschaft ja wie angenommen schon am Limit produzieren würde, könnte sich die höhere Nachfrage nur in höheren Preisen niederschlagen. Allerdings trifft dieser vereinfachte Lehrbuchfall vollständiger Kapazitätsauslastung kaum auf eine der europäischen Volkswirtschaften zu. Im Gegenteil, in den allermeisten Staaten sind **viele Ressourcen ungenutzt**, allen voran Arbeitskräfte. In Spanien oder Griechenland liegt die Arbeitslosigkeit bereits bei 27%; in so einer Situation sind Inflationsängste völlig unbegründet. Solange im Bankensektor noch großes Misstrauen herrscht und die Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen eher spärlich läuft, sind **Ausweitungen der Geldmenge nicht nachfragewirksam**. Da Haushalte und Unternehmen kaum Kredite bekommen um Güter zu kaufen, können sie daher die Preise auch nicht beeinflussen.



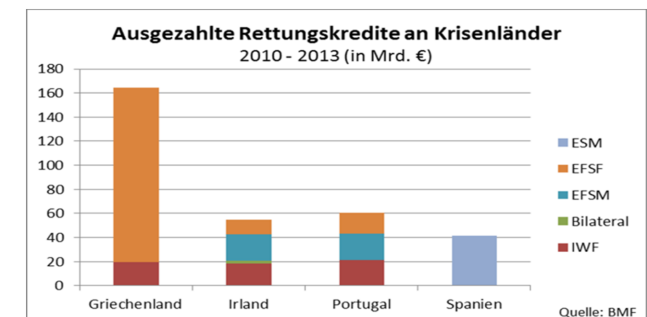
Allerdings sollte man sich auch daran erinnern, dass die EZB ihre Geldpolitik auf den gesamten Euroraum abstellt und nicht nur auf einzelne (deutschsprachige) Länder. Im vergangenen Jahrzehnt hat die Geldpolitik der EZB dazu geführt, dass die Inflation in Deutschland und Österreich sehr niedrig lag, während Länder wie Irland oder Spanien deutlich höhere Inflationsraten zu verzeichnen hatten; **im Durchschnitt aber lag die Inflation nahe bei 2%** (entspricht dem EZB-Ziel). Wenn nun in Zukunft Länder wie Portugal oder Italien preisliche Wettbewerbsfähigkeit gewinnen wollen, indem sie Löhne und Preise sehr schwach wachsen lassen (z.B. nur um 1%), dann muss die Inflation in anderen Ländern höher ausfallen, damit der Durchschnitt bei 2% bleibt. Allerdings stellen Inflationsraten von 3% für ein paar Jahre auch keine Katastrophe dar, in den wirtschaftlich nicht so üblen 1980er und 1990er Jahren war die Inflation im Schnitt höher.

MYTHOS 8

„Finanzhilfe ist Konkursverschleppung“

Die Finanzhilfe wird oft als Geschenk der "reichen" EU-Länder an die notleidenden Krisenstaaten missverstanden, deren Pleite damit nur verzögert, aber nicht verhindert werden kann. Allerdings handelt es sich bei den Finanzhilfen keineswegs um Geschenke, sondern um Kredite, die zurückgezahlt werden müssen. Außerdem **nutzen diese Kredite den Kreditgebern** ebenso. So etwa wurden mit Krediten aus dem Rettungsschirm irischen und spanischen Banken geholfen, ihre ausstehenden Kredite und Anleihen bei anderen europäischen Banken zu bedienen. Wären diese Hilfskredite nicht erfolgt, hätten gerade deutsche, österreichische oder französischen Banken und AnlegerInnen viel Geld verloren und SteuerzahlerInnen aus diesen Ländern hätten ihrerseits mehr Hilfen an eigene Banken auszahlen müssen. Auch darf nicht vergessen werden, dass Länder wie Deutschland an der Krise verdienen, solange es zu keinem Zahlungsausfall kommt. Einerseits sind die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen so niedrig wie noch nie, was die Schuldenaufnahme extrem verbilligt. Andererseits sind die Zinsen für die Hilfskredite relativ hoch. Die Zinsdifferenz geht als Gewinn an die Kreditgeberländer.

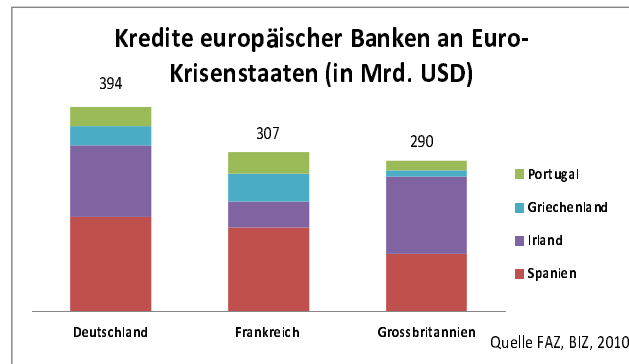
Ob die Krisenstaaten ihre Schulden zur Gänze bedienen können, hängt wesentlich von den Zinsen ab, die sie für ihre Kredite zahlen müssen. **Je niedriger die Zinsen, umso wahrscheinlicher eine vollständige Rückzahlung**. Je höher die Zinsen, desto wahrscheinlicher der Staatsbankrott. Die Zinsen spiegeln ihrerseits die Einschätzung der Marktteilnehmer wider, ob alle Schulden getilgt werden können. Je glaubwürdiger das Rückzahlungsversprechen, desto niedriger die Zinsen. Umgekehrt kann ein Verlust an Glaubwürdigkeit zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden, wenn explodierende Zinsen einem illiquiden Staatshaushalt in die Insolvenz treiben. Die Finanzhilfen und die damit verbundenen Reformen stärken die Glaubwürdigkeit der Krisenstaaten auf den Finanzmärkten und erleichtern damit eine Tilgung ihrer Schulden. So kann etwa Irland nach zwei Jahren Finanzhilfen bereits wieder zu erträglichen Zinsen Anleihen begeben.



MYTHOS 9

„Die wollen nur unser Geld“

Populisten strapazieren gerne das Bild des „Zahlmeisters“, der nun die Zeche der anderen blechen soll. Abgesehen davon, dass "die anderen" häufig auch deutsche Banken sind, die sich in Südeuropa und Irland verspekuliert haben, wird häufig auch nicht dazugesagt, dass unsere Nettozahlerbeiträge mit Zinsenaufschlag wieder ins Land zurückkommen; so gesehen ist die heimische Wirtschaft Nettoprofiteur. Verschwiegen wird auch, dass die Krise ganz konkrete Vorteile für die „Kernländer des Euroraums“ mit sich bringt. Konkret sind die **Zinsen für unsere Staatsanleihen so niedrig wie nie zuvor**, während die Zinsen der Krisenländer explodiert sind. Der Grund ist, dass die Anleger aus den Krisenländern in sichere Anleihen flüchten, und dafür bereit sind, auf Renditen zu verzichten. Zeitweise sind sie sogar bereit für diese Sicherheit zu zahlen, d.h. die Zinsen sind sogar negativ. Mehrere Schätzungen kommen unabhängig voneinander auf etwa 70 bis 100 Milliarden Euro, die sich Deutschland bei seiner Schuldenfinanzierung (über die gesamte Laufzeit seiner Anleihen) durch die Krise erspart hat.



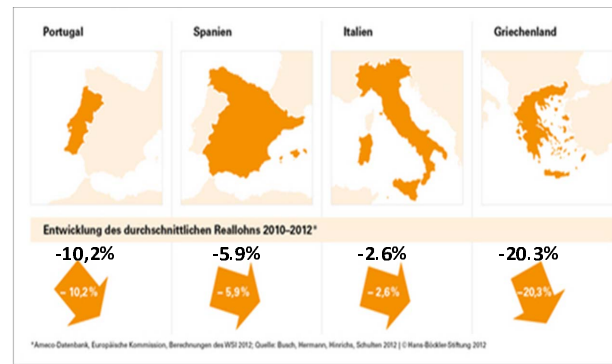
Oft bekommt man zu hören, dass Gemeinschaftsanleihen (Eurobonds) die Schulden in Staaten mit hoher Kreditwürdigkeit (AAA-Ländern) verteuerten und den Krisenländern keinen Anreiz zur Budgetdisziplin böten. Tatsächlich ist es theoretisch nicht von vornherein erwiesen, dass Gemeinschaftsanleihen tatsächlich für einige Länder teurer wären. Beispielsweise wäre durch das größere Angebot an Anleihen auch die Liquiditätsprämie niedriger, d.h. der Teil des Zinssatzes, den Investoren verlangen, weil sie Sorge haben, ihre Anleihen nicht überall und zu jeder Zeit auch wieder verkaufen zu können. Außerdem entziehen sie der Spekulation die Basis. Um Zugang zu gemeinschaftlicher Staatsfinanzierung zu erhalten, müsste freilich jedes Land strikte Auflagen zur Haushaltsdisziplin erfüllen. **Eigentlich gibt es Gemeinschaftsanleihen ja schon** in Form der Emissionen des Euro-Rettungsschirms und die Auflagen der Troika für Haushaltsdisziplin gelten ja nicht gerade als lax.

MYTHOS 10

„Das Schlimmste ist überstanden“

Wann immer sich die Märkte beruhigt haben, steigt die Hoffnung, dass das Schlimmste vorüber sei. Kommentatoren verlauten, dass Merkels und Schäubles Weg der kleinen Schritte sich bewährt hätte. Tatsächlich ist es hauptsächlich der EZB zu verdanken, dass die Krise noch nicht in einem Zusammenbruch des Euroraums gemündet ist. Doch auch die **Maßnahmen der EZB haben lediglich Zeit gekauft**. Diese wird aber nicht effektiv genutzt, sondern zur Beseitigung der Krise notwendige Projekte wie die Bankenunion werden wieder auf die lange Bank geschoben. Solange also eine zukunftsfähige politische Lösung ausbleibt, ist die Gefahr keineswegs gebannt. Gleichzeitig stellen die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Spardiktats Zeitbomben dar, die den inneren Zusammenhalts Europas aufs Äußerste gefährden.

Das Zögern der Politik und ihre falschen Rezepte sind uns bereits teuer zu stehen gekommen: Seit 2010 wuchs die Wirtschaftsleistung des gesamten Euroraums um drei Prozentpunkte langsamer als jene der USA. Das bedeutet **270 Milliarden Euro Verlust!** Und während die US-Wirtschaft wieder Jobs schafft, kamen bei uns weitere dreieinhalb Millionen Arbeitslose hinzu.



Zwar **erzielen die Krisenländer Fortschritte** bei der Anpassung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsstruktur, dennoch drehen sie sich in zumindest drei Tretmühlen: Erstens wird der Wirtschaft durch den Sparzwang Nachfrage entzogen, wodurch die Banken wackeln und die Schulden aufgrund geringerer Steuereinnahmen und höherer Sozialausgaben insgesamt weiter steigen. Zweitens stärkt die verbesserte Handelsbilanz des Euroraums den Euro, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit wieder sinkt. Und drittens bedeutet die Deflation (durch sinkende Löhne) in den Krisenländern, dass die nominale Wirtschaftsleistung noch tiefer sinkt, was die Schuldenquote erst recht nach oben treibt.

EINE UMFASSENDE LÖSUNG

Währungsunion 2.0 mit sozialer Dimension

Weiterwursteln und lediglich an den Krisensymptomen Herumdoktern ist keine zukunftsträchtige Option. Eine überzeugende Alternative jenseits der überzogenen Sparpolitik muss umfassend und gründlich sein. Insbesondere brauchen wir starke und verlässliche Sicherheitsnetze, die SparerInnen und KleinanlegerInnen wirkungsvoll schützen. Die im Grundsatz beschlossene Bankenunion muss sich als **Bankenkontrollunion** verstehen, in der die Menschen Sicherheit bei ihren Bankgeschäften und Vertrauen in unser Finanzsystem haben – bis hin zur Gewissheit, dass diejenigen für die Krise zahlen müssen, die sie verursacht haben.

Sparen kann man nur vom Erwirtschafteten. Anstelle einer Fiskalunion, die nur die rigide und undifferenzierte Budgetpolitik wie bisher fort-schreibt, brauchen wir eine **Steuergerechtigkeitsunion**. Es geht nicht nur um Budgetregeln, sondern auch um Mindeststandards, das Schließen von Steuerschlupflöchern und auch um die Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen zu Lasten sehr hoher Einkommen und Vermögen. Vor allem brauchen wir einen Kurswechsel zu Wachstum und Beschäftigung zusätzlich zu einem eigenen Euroraumbudget und begrenzten Gemeinschaftsanleihen. Neben beschäftigungsfördernden Strukturreformen könnte ein Investitionsplan für den sozial- und umweltverträglichen Umbau der europäischen Wirtschaft Impulsgeber sein, der sich über einen Zukunftsfonds schuldenneutral finanziert.

Darüber hinaus braucht es neben einer **Wirtschafts-** auch eine **Sozialunion**. Die europäischen Sozialpartner müssen in die gesamte wirtschafts- und sozialpolitische Steuerung der EU eingebunden werden. Strukturreformen zu einer flexibleren Wirtschaft müssen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Sicherheit verbinden (Flexicurity). Durch Koordination tariflicher oder gesetzlicher Mindestlöhne soll eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik die Wettbewerbsfähigkeit aller Länder sichern.

Die **Politische Union** soll langfristig nicht nur die Reform der Währungsunion legitimieren, sondern auch das demokratiepolitische Defizit der EU beheben. Der erste Schritt sollte zumindest die Einrichtung eines eigenen Euroraum-Ausschusses im Europäischen Parlament sein. Wir bekennen uns zu der Vision, dass der Bürgerwille im Europäischen Parlament transparent und unmittelbar gemeinsam mit den nationalen Parlamenten formuliert sowie durch eine handlungsfähige Europäische Exekutive umgesetzt werden muss.

Arbeitskreis Finanzpolitik & Sozialunion.

SPÖ & SPD Brüssel

AK Finanzpolitik & Sozialunion. SPD & SPÖ Brüssel (2013), c/o SPÖ Wien, Löwelstraße 18, A-1014 Wien